

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Gewerkschaftsprobleme in Iran

Zu Beginn der 39. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf gab es ein ungewohntes kleines Zwischenspiel. Der iranische Arbeitsminister *Mohsein Nasr* wurde zum Präsidenten der Versammlung gewählt — doch es geschah in einer Kampfabstimmung, der ersten in der 37jährigen Geschichte dieser Veranstaltungen. Gegenkandidat war der Arbeitsminister von Burma, *M. A. Raschid*. Die Auszählung nach der geheimen Stimmabgabe wurde mit Spannung erwartet, denn hier stand ein Asiate gegen einen Asiaten, und die Gegensätze hatten sich in den vorher abgegebenen Erklärungen nicht mit letzter Deutlichkeit abgezeichnet. Die burmesische Gruppe hatte nur gemeint, es sei zu häufig in den vergangenen Sitzungen der Internationalen Arbeitsorganisation im Sinne vorher festgelegter Richtlinien entschieden worden. Zu diesem andeutungsweise kritischen Satz bekannten sich 89 Delegierte. Die Mehrheit wählte Minister Mohsein Nasr mit 138 Stirn-

Dies kleine Intermezzo hätte sich wohl nicht ereignet, wenn lediglich die bisherige Arbeitsweise der Weltarbeitskonferenzen zur Debatte gestanden hätte. Was die Gruppe jener Delegierten, die für den Arbeitsminister von Burma stimmten, ausdrücken wollte, war eher die Befürchtung, es könnte die Tendenz zu vorsichtigen und in ihren Auswirkungen vorausgesetzten Entscheidungen zunehmen, wenn die Versammlung einen Politiker zu ihrem Präsidenten wählte, dessen Land arbeitsrechtlich und gewerkschaftspolitisch noch keine klare Haltung einnimmt. Wohlwollender ausgedrückt lautet die Interpretation dieser charakteristischen Episode: Verschiedene Mitgliedergruppen, darunter eine starke asiatische, empfanden das Bedürfnis, dem Iran und seinen betont westlichen Ratgebern und Helfern den Rat zu erteilen, die tragische sozialpolitische Entwicklung im Lande — jetzt, da es in die Nähe einer neuen Währungskrise geraten ist — sorgfältig zu beachten und auf baldige Abhilfe bedacht zu sein. War es so, dann richtet sich dieser Wink an die Adresse der Vereinigten Staaten von Amerika. Er bedeutet dann auch nicht in erster Linie eine persönliche Anmerkung gegen den iranischen Arbeitsminister und seine Politik.

Iran befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten. Es hat daher das „Internationale Konsortium“, dem seit Abschluß des neuen Erdöl-

Vertrages von 1954 die Ausbeute seiner Erdöl- abkommen obliegt, um eine Revision der Vertragsbestimmungen und um baldige Produktionsausweitung gebeten. Seit Frühjahr 1956 wird in iranischen Wirtschaftskreisen mit der Möglichkeit einer Währungskrise gerechnet. Die Durchführung jenes Siebenjahresplanes, den die Regierung *Zahedi* nach der Ratifizierung des Ölvertrags im Sommer 1954 verkündete, ist mehr denn je in Frage gestellt. Besonders sind jene Projekte, die eine Gesundung der sozialen Struktur des durch die ölpolitischen Wirren vieler Jahrzehnte geschädigten Volkes vorsehen, notleidend geworden.

Auch das iranische Gewerkschaftsleben hat sich von dem Schlag noch nicht wieder erholen können, den ihm die enge politische Bindung der nach dem Krieg und dem Streik von Abadan im Jahr 1946 sehr radikalisierten und dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften an die Tudeh-Partei versetzt hat. Die gegenwärtig bestehenden, klar antikommunistischen Gewerkschaften erfassen im Höchstfall 20 vH aller in Industrie und Handel Beschäftigten. Sie sind nicht genügend zentralisiert, um Einfluß auf eine großzügige Reformgesetzgebung nehmen zu können. Mit anderen Worten, es besteht gewerkschaftspolitisch ein gefährliches Vakuum.

Diesem Risiko aus dem Weg zu gehen, das gehörte ursprünglich zu den Absichten jener 19 Mitgliedsgesellschaften, die im „Internationalen Konsortium“ vereinigt sind. Das Abkommen, auf dem ihre Tätigkeit basiert, war ja von vornherein nicht nur ein wirtschaftliches, sondern in eminentem Sinne auch ein politisches Vertragswerk. Es zog einen Schlußstrich unter die Ära *Mossadegh*, deren radikal nationalistischer Kurs die Volksmassen und besonders den langsam heranwachsenden städtischen Mittelstand stark beeindruckt hatte. Es war allen Beteiligten klar, daß nur ein großzügiges wirtschaftlich-soziales Aufbauwerk die aufgewühlten Gemüter beruhigen und mit neuer Zuversicht erfüllen könnte. Daher wurde großer Wert gelegt auf die Ausarbeitung bedeutender Projekte auf dem Gebiet der Landwirtschaft, des Bergbaues, des Transport- und Bewässerungswesens.

Es konnte zunächst zuversichtlich stimmen, daß nach den vertraglichen Vereinbarungen mit dem internationalen Erdölkonsortium neun Zehntel der Einnahmen nicht der Staatskasse, sondern der Planungsorganisation für die öffentlichen Vorhaben zufließen sollten. Inzwischen hat sich erwiesen, daß die Erdöleinnahmen nicht ausreichen, einen Ausgleich des Staatshaushalts herzustellen. Der Budgetfehlbetrag wurde bei Ablauf des ersten Quartals 1956 auf etwa 15 bis 20 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Die iranische Regierung bemüht sich inständig, aber wie es scheint mit geringem Erfolg, um bei dem Erdölkonsortium eine bal-

dige Produktionsausweitung durchzusetzen. Das Konsortium weist darauf hin, daß zwar die technischen Einrichtungen schon jetzt eine fühlbare Erhöhung zuließen, daß aber die vorhandene Verkaufsorganisation nicht ausreicht, eine Mehrerzeugung unterzubringen, ohne den gesamten Markt ernstlich zu gefährden.

Je bedrohlicher die Lage wurde, um so deutlicher gestaltete sich die Sprache der Teheraner Regierung. Ihr Standpunkt ist, daß die wirtschaftlichen Erfordernisse des Landes angesichts seiner vorgeschobenen Position am Rande der großen Mächteblocks den unbestrittenen Vorrang vor allen anderen Erwägungen irgendwelcher Art haben müssen. Dieses Argument wird, seitdem der Iran seinen vielumstrittenen Beitritt zum Bagdadpakt vollzogen hat, wirksam unterstützt durch den Hinweis, daß die anderen Mitgliedstaaten sowie die mit dem Bagdadpakt sympathisierenden Amerikaner den Anspruch ihres mit großen Schwierigkeiten kämpfenden mittelasiatischen Verbündeten nicht zurückweisen dürften. *Dr. Amini*, ein ehemaliger Hofminister des Schahs, der im Jahr 1954 an der Aushandlung des Ölabkommens beteiligt war, ist jetzt laufend mit Verhandlungen über eine amerikanische Wirtschaftshilfe befaßt, die die schlimmsten Löcher stopfen soll für den Fall, daß nicht mehr rechtzeitig eine Erweiterung der Erdölproduktion durchgesetzt werden kann.

Man darf sagen, daß der Iran wohl kaum den Entschluß zum Eintritt in den Bagdadpakt gefaßt haben würde, wenn ihn nicht die Hoffnung auf die Erfüllung einer dieser beiden Wünsche — auf eine amerikanische 400-Millionen-Dollaranleihe oder auf eine rasche Erhöhung der Erdöleinnahmen — getrieben hätte. Deutlich trat dies Motiv zutage, als in Teheran der Rat des Bagdadpakts seine zweite Sitzung hielt. Der iranische Ministerpräsident *Hussein Ala* richtete in seiner Eröffnungsrede einen Appell an die Vereinigten Staaten, dem Pakt, dem bisher Großbritannien, die Türkei, Pakistan, Iran und der Irak angehören, ebenfalls als Mitglied beizutreten. Die amerikanische Beobachterdelegation quittierte diesen nicht so sehr sicherheitspolitischen wie wirtschaftlichen Wink mit dem Versprechen vermehrter amerikanischer Beteiligung an den von den Paktmitgliedern debattierten land- und bewässerungswirtschaftlichen Förderungsprojekten von übernationalem Charakter. Es wird jetzt von der Höhe der Mittel abhängen, die der amerikanische Kongreß Präsident *Eisenhower* für langfristige Auslandshilfen bewilligt, ob diese Hoffnungen sich erfüllen.

Trifft das ein und kommt es zu einer Finanz- und Wirtschaftshilfe der westlichen Welt, die es Iran gestattet, nicht mehr bloß von der Hand in den Mund zu leben, sondern Verbesserungen seiner sozialen Struktur durchzuführen, wie beispielsweise die Aufteilung von fünf

Millionen Hektar Land an landlose Bauern in der südwestlichen Provinz Khusistan oder die Hebung des sozialen und gesundheitlichen Standards der Arbeiter der Erdöl-, Textil- und Tabakindustrie, dann ist es in höchstem Grade wünschenswert, daß zu gleicher Zeit eine Stärkung und ein organisatorischer Ausbau des iranischen Gewerkschaftslebens erfolgt. Er sollte im Einvernehmen zwischen der Regierung des Schahs und ihrer westlichen Helfer und Berater durchgeführt werden. Nur auf diese Weise kann garantiert werden, daß ein dauerhafter Fortschritt und eine soziale Befriedigungsaktion das wirtschaftliche Aufbauwerk ergänzen.

Um die Bedeutung dieser letzteren Forderung zu erkennen, sollte man sich vergegenwärtigen, daß für das iranische Industrieproletariat die Grundzüge einer zentralisierten gewerkschaftlichen Ordnung nicht ganz unbekannt sind. Die ersten Gewerkschaften sind in Iran im Jahr 1916 entstanden. 1927, als die Regierung den Bau der Transiranischen Bahn beschloß, der eine bescheidene moderne Industrialisierung des Landes einleitete, gab es bereits sechs aktive Gewerkschaften. Während des zweiten Weltkrieges entstand dann, nachdem die Alliierten den Schah *Riza Pahlevi* aus dem Lande verbannt hatten, unter ihrer Besatzungsägide ein „Zentralrat der iranischen Gewerkschaften“, der 1946 behauptete, daß er 186 Gewerkschaften unter sich vereinigt hätte. Er will im Jahr 1946 450 000 Arbeitnehmer und damit etwa 75 vH der Arbeiter Irans in seiner Organisation zusammengeschlossen haben.

Diese, dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossenen iranischen Gewerkschaften standen von vornherein unter radikaler Führung. Sie stellten sich durch die Veranstaltung großer „Hungerdemonstrationen“ in wachsenden Gegensatz zu den regierenden Kreisen. Sie setzten aber, auf dem Papier zumindest, die Anerkennung des Achtstundentags, die Bezahlung von Überstunden, ein Verbot der Kinderarbeit — die besonders in der iranischen Textilindustrie ein unverantwortliches Ausmaß angenommen hatte —, die Gewährung des gleichen Lohns für beide Geschlechter und — nicht zuletzt — die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften und des Streikrechts durch. Selbst Errungen, die für die iranische Lebensweise reichlich wirklichkeitsfremd erscheinen, wie den bezahlten Urlaub, hat der Zentralrat der Gewerkschaften mit seiner vielfach demagogisch betriebenen Agitation „erwirkt“.

Es gelang ihm außerdem, mit der Behauptung, daß bewaffnete Polizei am 1. Mai 1946 die Demonstranten überfallen hätte und daß in Abadan, wo ein großer Erdölstreik ausgebrochen war, blutige Unruhen zu befürchten wären, das Exekutivbüro des damals noch ungeteilten Weltgewerkschaftsbundes zu beeinflussen. Man wird sich erinnern, das im Juli

1946 der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, *Louis Saillant*, nach Teheran entsandt wurde mit dem Auftrag, nach eingehender Prüfung der Lebensweise der Arbeiter und der Politik der iranischen Gewerkschaften der Weltorganisation einen Bericht zu erstatten. Diese unter den damaligen Verhältnissen immerhin wirksame Aktion in Gang gebracht zu haben, war ein Erfolg des Generalsekretärs des iranischen Zentralrats, *Resa-Rusta*, der dann auch in den Generalrat des Weltgewerkschaftsbundes aufgenommen wurde.

Wie zu erwarten gewesen war, trat Louis Saillant, ungeachtet der für ein Land von der sozialen Struktur und dem geringen Massenbildungsstand wie Iran wahrhaft explosionsgefährlichen Agitation des Zentralrats, in seinem Bericht vorbehaltlos für diesen ein. In den folgenden Jahren mehrten sich die blutigen Zusammenstöße und die Beschuldigungen beider Seiten gegeneinander. Generalsekretär Resa-Rusta wurde unter Anklage gestellt und schließlich, nach dem mißglückten Attentat auf den Schah, im Februar 1949 zum Tode verurteilt. Seitdem lebt er in der Illegalität. Audi der „Zentralrat“ führt noch ein verborgenes Dasein und läßt seine Zeitung „Safar“ sporadisch hier und da erscheinen. Er versteht sich, daß auf Tagungen des kommunistischen Weltgewerkschaftskongresses immer noch Sprecher dieser iranischen linksradikalen Gewerkschaftsbewegung auftreten, um zu berichten, auf weiche Weise es ihnen gelinge, trotz aller Verbotsmaßnahmen ihre Gewerkschaftsbewegung unterirdisch am Leben zu erhalten.

Das Vorhandensein einer linksgewerkschaftlichen Resistance in den industrialisierten Gebieten eines mittelasiatischen Landes von der Bedeutung Irans ist auf die Dauer eine bedenkliche Sache. Sollte die von der Teheraner Regierung befürchtete Währungsverschlechterung eintreten mit der unvermeidbaren Folge sprunghafter Preissteigerungen für Nahrungsmittel und Gegenstände des Massenbedarfs, dann wird die Lage überaus gefährlich. Es kann nicht übersehen werden, daß die Schuld für etwaige Unruhen sich dann keineswegs allein auf das Konto „kommunistische Agitation“ schreiben ließe. Elend, Hunger, Landflucht und soziale Mißstände aller Art sind seit langem jedermann bekannt. Die UNESCO hat einmal festgestellt, daß 90 vH der iranischen Bevölkerung an Trachom leiden. Es gibt Städte in Iran, die als „Blindenstädte“ bekannt sind. 90 vH der Bevölkerung leiden an Malaria, 60 vH an Tuberkulose. Die Versuche der Regierung, im Jahr 1946 die Not der Bauern zu lindern und ihre Flucht in die Städte dadurch zu verhindern, daß man ihre Abgaben an die Grundbesitzer um 15 vH senkte, schlugen fehl, und auch ein Dekret der Regierung Mossadegh, das wenigstens eine zehnprozentige Abgabensenkung verfügte, konnte niemals rea-

liert werden. Auch heute noch ringt die Teheraner Regierung mit den gleichen Problemen. Wie schwer es für sie ist, an das ländliche Proletariat überhaupt heranzukommen, erhellt aus der Tatsache, daß noch immer 95 vH der Bauern Analphabeten sind. Die gewiß nicht kommunistischer Neigungen verdächtige „Stimme Amerikas“ erklärte einmal zu Trumans Zeiten: „Der Grund der Verarmung Irans liegt in der Fäulnis der herrschenden Klasse. Tausend Familien führen ein Leben voller Luxus, während das Volk zu Not und Elend verdammt ist.“ Seither haben sich die Verhältnisse keineswegs verbessert.

Wenden wir den Blick noch einmal zurück zur Genfer 39. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz unter dem Vorsitz des iranischen Arbeitsministers Mohsein Nasr. Dort erklärte der Sprecher der amerikanischen AFL-

CIO-Gewerkschaften, *George P. Delaney*, mit Bezugnahme auf die Verhältnisse in der Sowjetunion: „Gewerkschaften, die nicht die Freiheit genießen, ihre Regierung zu kritisieren, sind auch nicht frei in der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft. Gewerkschaften, die ihr Streikrecht niemals ausüben, haben in Wahrheit kein Streikrecht!“ Der gegenwärtige Schwächezustand der legal arbeitenden, dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund nicht angeschlossenen iranischen Gewerkschaften ist so groß, daß sich genau die gleichen mahnenden Hinweise ihnen gegenüber aussprechen, lassen. Es gibt aber einen wichtigen Unterschied. Amerikanische Initiative, die an eine großzügige Finanzhilfe angeschaltet wäre, könnte den ersten Schritt zur Besserung bringen.

Hans Drugis